

POSITIONSPAPIER SP SCHWEIZ

Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen.

Verabschiedet am Parteitag vom 3./4. Dezember 2016



Vorwort des Präsidenten

Am Parteitag vom 3./4. Dezember 2016 in Thun haben wir nach mehreren Wochen intensiver medialer Berichterstattung und nach einer reichen und ausführlichen Debatte am Parteitag selbst mit deutlichem Mehr entschieden, den Weg weiterzugehen, den wir mit unserem Parteiprogramm von 2010 vorgezeichnet haben. **Unsere Vision ist und bleibt diejenige einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie.**

Es ist richtig, dass wir uns so deutlich für diesen Weg ausgesprochen haben. Denn reine „Pflasterlipolitik“ reicht nicht aus – das zeigt ein realistischer Blick auf die Welt nur allzu gut. Wenn, wie heute, Profitstreben und Gewinnmaximierung die Eckpfeiler unserer Wirtschaftsweise sind, dann schafft das riesige Ungerechtigkeiten und gesellschaftliche Probleme. Zum Beispiel Ungleichheit. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich seit Jahren. Auch in der Schweiz. Die Reichen werden reicher – vor allem durch den Bezug leistungsloser Einkommen wie Erbschaften, steuerfreien Kapitalgewinnen oder übertüssener Boni. Demgegenüber gerät der Mittelstand zunehmend unter Druck und die Lage der Armen wird immer prekärer. Mittlerweile reichen gewisse Arbeitseinkommen nicht einmal mehr, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Wenn es einen Klassenkampf gibt, dann wird der von oben geführt. Zweites Beispiel Klimawandel. Der Zwang zur Rendite und Verwertung führt nicht nur zu sozialen Verwerfungen und Konflikten, er treibt gleichzeitig auch das klimaschädliche Produktions- und Konsumverhalten an, das ausgeörrte und unfruchtbar gewordene Landstriche zur Folge hat und Tausende, ja Millionen von Menschen in die Flucht treibt.

Mit dem vorliegenden Positionspapier eröffnen wir ein neues wirtschaftspolitisches Aktionsfeld für die SP. Das Papier fokussiert bewusst auf Bereiche, die in den letzten Jahren eher vernachlässigt blieben, die für die Zukunft sozialdemokratischer Politik aber wichtig sind. Wir setzen uns auf künftige für faire Löhne, gute Sozialwerke, steuerliche Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und internationale Regulierungen ein. Doch damit ist es nicht getan. Wir müssen hier in der Schweiz wirtschaftliche Strukturen und Unternehmen fördern, die sich nicht in erster Linie an der Profitlogik orientieren. **Es ist eines der Ziele des Papiers, die Art und Weise des Wirtschaftens nicht länger als eine Blackbox zu behandeln.** Wirtschaftsdemokratie heisst nicht nur Regulierung durch die Politik auf der wirtschaftlichen Makroebene, es geht vor allem auch darum, wie Unternehmen funktionieren, wie sie aufgebaut sind, wer nach welchen Zielen entscheidet. Eine demokratische, solidarische und ökologische Wirtschaft ist eine Wirtschaft in der Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und in der die Betroffenen, also insbesondere auch die Mitarbeitenden, mitbestimmen.

„Im Kapitalismus über ihn hinaus“ – das ist, was heute vielerorts bereits passiert und was wir stärken wollen. Ich begegne immer wieder Menschen, die Initiativen starten, gemeinschaftliche Projekte lancieren, oder ich lerne Unternehmerinnen und Unternehmer kennen, die sich der Gemeinwohlökonomie und der Économie Sociale et Solidaire verschrieben haben. Vielfach machen sie keine grosse Sache daraus; das geschieht eher im Kleinen und Stillen. Regionale Körperschaften, die erneuerbare Energien produzieren und verkaufen. Vereine, die auf Basis der Vertragslandwirtschaft Menschen in der Stadt mit biologischen und saisonalen Produkten versorgen. Eine Schreinerei, die ihren Mitarbeitenden umfassende Mitwirkungsrechte zugesteht. Vielfältige Auto- und Velo-Sharing-Projekte, die ihren Beitrag zu umweltfreundlicher Mobilität leisten. Aber auch grössere Unternehmen in der Raum- und Verkehrsplanung oder im Medienbereich, die sich bewusst demokratisch organisiert haben. Und nicht zu vergessen unser Service public, der in seiner Logik einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft entspricht, oder unsere urschweizerische

Tradition der Genossenschaften. Es geht also um ganz unterschiedliche Projekte und Unternehmen, die eines gemeinsam haben. Sie widersetzen sich den Regeln der kapitalistischen Wirtschaft, die uns immer wieder als einzig mögliche Wirtschaft verkauft wird. Sie orientieren sich an Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Nachhaltigkeit und nicht am Prinzip der Gewinnmaximierung. Solche Entwicklungen sind nicht neu, aber sie werden immer wichtiger. In der Schweiz, in Europa, weltweit. Wir werden dazu beitragen, diese Wirtschaftsweisen zu fördern, damit ihnen der Durchbruch gelingt und sie zum Normalfall werden.

Das vorliegende Positionspapier deckt ganz bewusst nicht alle wirtschaftspolitisch relevanten Themen ab. Die internationale Dimension, z.B. der Umgang mit Freihandelsverträgen, wird im Papier nicht ausführlich behandelt und auch die Geld-, Arbeitsmarkt-, Finanz- oder Steuerpolitik stehen nicht im Vordergrund. Diese Aspekte werden, wie auch der Megatrend der Digitalisierung, im Rahmen der Überarbeitung des umfassenden Wirtschaftskonzepts von 2006 in angemessener Weise berücksichtigt. Wir werden das Projekt 2017 in Angriff nehmen. Hinzu kommt, dass wir unsere Ablehnung von Freihandelsverträgen wie TiSA, TTIP oder CETA an unserer Delegiertenversammlung vom April 2015 mit der Verabschiedung einer entsprechenden Resolution zum Ausdruck gebracht haben. Zur Steuer- oder Finanzmarktpolitik liegen Positionspapiere aus den Jahren 2014 und 2009 vor.

Dass die Idee der Wirtschaftsdemokratie topaktuell ist, zeigt sich in Bezug auf die Digitalisierung. **Mehr Demokratie ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung zu einer wirklichen Chance für die Menschen wird.** Die Tatsache, dass die Digitalisierung der Arbeitswelt heute für viel zu viele Personen mit Unsicherheit, verschlechterten Arbeitsbedingungen und Angst vor Arbeitslosigkeit verbunden ist, hat ganz wesentlich mit den Rahmenbedingungen zu tun, unter denen sie stattfindet. Das befreiende, ja emanzipatorische Potenzial der Digitalisierung wird durch das kurzfristige und kurzsichtige Renditedenken unterdrückt. Den Herausforderungen der Digitalisierung ist nicht einfach mit Weiterbildungsoffensiven beizukommen. Vielmehr geht es um Macht- und Eigentumsverhältnisse, darum, wer die Digitalisierung gestalten kann, und um die gerechte Verteilung der Produktivitätsgewinne. Dieses Wissen leitet die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik seit jeher. Und das vorliegende Papier fordert in diesem Sinne mehr Mitbestimmung, Gewinnbeteiligungen, Arbeitszeitverkürzungen und eine Stärkung des gemeinschaftlichen Eigentums im Internetbereich („Digitale Commons“).

Wirtschaftsdemokratie ist keine Revolution und kein Masterplan. Sie besteht aus vielen kleinen und grossen, kreativen und intelligenten Schritten. Die Richtung ist aber klar vorgegeben. Mit mehr Demokratie wollen wir die Wirtschaft so umbauen, dass sie sich am Gemeinwohl orientiert und den Menschen ins Zentrum stellt. **Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die gesellschaftliche Probleme löst statt sie zu schaffen.** Eine Wirtschaft, die zu mehr gesellschaftlicher Solidarität, zu Lebensqualität und sozialer Freiheit beiträgt. Kurz: eine Wirtschaft für alle statt für wenige.

Mit der Verabschiedung des Positionspapiers ist die Arbeit nicht getan, im Gegenteil. Jetzt folgt mit dem Aktionsplan, der 2017 einer Delegiertenversammlung vorgelegt werden wird, der nächste Konkretisierungsschritt: Interne Bildung, Kampagnen, politische Vorstösse, mittelfristig vielleicht auch ein Initiative. Die SP bleibt am Thema dran und setzt sich zusammen mit ihren Partnerorganisationen auf allen Ebenen für eine demokratische, solidarische und ökologische Wirtschaft ein!



Christian Levrat

I. Ausgangslage und Einleitung

Dem entfesselten Kapitalismus entgegenwirken – Sozialdemokratische Errungenschaften verteidigen

Die Sozialdemokratie war die treibende Kraft bei der Schaffung des ausgleichenden Sozialstaats, der für die Befreiung von existenziellen Sorgen und für soziale Gerechtigkeit sorgen soll. Wir haben zusammen mit den Gewerkschaften die Rechte der Lohnabhängigen erstritten. Wir haben den Service public aufgebaut und uns erfolgreich für den schrittweisen Ausbau der Demokratie eingesetzt. Diese Zähmung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert hat das Leben von Millionen von Menschen weltweit verbessert und ist die historische Leistung der Sozialdemokratie. Bereits seit einiger Zeit erleben wir aber dessen erneute Entfesselung. Dadurch werden unsere Errungenschaften gefährdet. Einen besonders deutlichen und folgenreichen Ausdruck finden die – oft unter dem Etikett „neoliberal“ zusammengefassten – Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte in der zunehmenden Ungleichheit. Ebenfalls in der Schweiz, wo zwei Prozent der Bevölkerung gleich viel Vermögen besitzen wie die anderen 98 Prozent zusammen, und dementsprechend auch Macht, Gestaltungsmöglichkeiten und Freiheit sehr ungleich verteilt sind. Es sind der immense Reichtum und Einfluss der Wenigen, die nachhaltige Veränderungen der Wirtschaft und unserer Gesellschaft im Interesse von uns allen verunmöglichen. Es ist die krasse Ungleichheit, die reaktionären und fremdenfeindlichen Kräften weltweit als Nährboden dient und zu einer ernsthaften Bedrohung für unsere Freiheit geworden ist.

Die Sozialdemokratie hat Antworten auf diese Herausforderungen: Dem internationalen Standortwettbewerb zulasten sozialer Errungenschaften und minimaler Umweltstandards muss mit international koordinierten Lösungen sowie innovativen Ansätzen begegnet werden. Wir brauchen eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, griffige Regulierungen der Finanzmärkte und öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft. Also das Gegenteil dessen, was die AusteritätspredigerInnen europaweit verkünden und die rechten Mehrheiten auf allen Ebenen mit ihren jährlichen Abbauprogrammen, Privatisierungen und Steuersenkungen für Reiche und (Gross-)Unternehmen durchzusetzen versuchen. Wir müssen den Sozialstaat und den Service public verteidigen und den Wirkungsbereich demokratischer Politik gegenüber den nationalen wie globalen Kapitalinteressen wieder ausweiten. Deshalb wehren wir uns gegen internationale Freihandelsabkommen, die einzig die Interessen multinationaler Konzerne stützen und weder dem solidarischen Zusammenleben der Völker noch der demokratischen Kontrolle der Wirtschaftsmacht dienen. Bei alledem bewegen wir uns auf mehr oder weniger bekanntem, sozialdemokratischem Terrain. Ein grosser Teil der in den nächsten Jahren anstehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen wird in diesem Rahmen stattfinden. Wir dürfen unser Engagement und unsere Politik – inner- und ausserhalb des Parlaments – aber nicht darauf beschränken. Denn wir merken auch, dass die bisherige Politik bei vielen der heutigen Herausforderungen nicht wirklich weiter kommt. Nicht nur bei ökonomischen und sozialen Fragen, sondern vor allem auch mit Blick auf die lebensbedrohenden Umweltprobleme, mit denen sich die Menschheit heute konfrontiert sieht.

Die Probleme an der Wurzel packen – Leitlinien einer progressiven Wirtschaftspolitik

Wir stehen vor vielfältigen und miteinander verbundenen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen, die einen tiefgreifenden Wandel nötig machen. Heute sind die fortschrittlichen und verantwortungsbewussten Kräfte weltweit gefordert, an einem Pfadwechsel hin zu einem neuen, tatsächlich nachhaltigen Entwicklungsmodell mitzuwirken. **Ganz wesentlich dabei ist ein anderer Zugang zu, und ein anderes Verständnis von Wirtschaft.** Es gilt die vorherrschende Wirtschaftslogik und die ihr zugrunde liegenden Machtverhältnisse zu verändern. Das Ziel ist es, die von einer kapitalistischen Wirtschaft systematisch produzierten Ungleichheiten und Zerstörungen von Beginn weg zu verhindern, statt sie im Nachhinein bestmöglich zu reparieren.

Gefragt ist eine Politik, die die Probleme an der Wurzel packt und gleichzeitig Möglichkeiten zu substantiellen Verbesserungen im bestehenden Rahmen nutzt. **Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechtere Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs-)Macht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen.** Wir wollen nicht nur die Vorherrschaft der Politik gegenüber dem Markt durchsetzen, sondern fordern eine Demokratisierung von Unternehmen, insbesondere von Grossunternehmen. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft beginnen wir heute selbstredend nicht bei null. Die gewerkschaftliche Organisation und Gesamtarbeitsverträge sind ein Fundament, auf das eine demokratische Wirtschaft aufbauen kann, über das sie längerfristig aber auch hinausgehen soll. Wir wollen Unternehmen, die das Gemeinwohl statt die Profitmaximierung im Blick haben und zu entsprechenden Entscheiden gelangen – eben weil die Betroffenen mitbestimmen.

In der Schweiz zeigt sich aktuell im Rahmen der „Frankenkrise“, dass die fehlende Mitbestimmung der Lohnabhängigen ein Problem ist. Darüber, wie die Unternehmen auf den starken Franken reagieren, bestimmt praktisch nur die Kapitalseite. Diese Problematik wird sich zukünftig noch zuspitzen. Unter den heutigen Bedingungen führt der technologische Fortschritt („Vierte industrielle Revolution“) dazu, dass das Kapital gegenüber der Arbeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Das äussert sich im Abbau von Arbeitsplätzen, in Angriffen auf die Arbeitsbedingungen und in der sich öffnenden Lohn- und Vermögensschere. **Damit nicht nur das Kapital, sondern die Menschen vom technologischen Fortschritt und vom Wohlstandsgewinn profitieren, braucht es heute eine Demokratisierung der Wirtschaft.** Nur dann werden die Fragen nach den Zielen von Wirtschaft; nach den Bedingungen, unter denen gearbeitet und gelebt wird; und nach dem Einsatz von Maschinen, Robotern und Algorithmen im Interesse von uns allen beantwortet.

Ein wichtiger Orientierungspunkt einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist die zivilgesellschaftliche Dynamik im Bereich alternativer Wirtschaftsweisen. Sei es aus unmittelbarer materieller Not oder aus wachsendem Überdross an entfremdeten Arbeitsverhältnissen in Unternehmen, die ebenso skrupellos wie kurzfristig alles der Rendite unterordnen; immer mehr Menschen schliessen sich zusammen und versuchen anders, versuchen demokratisch, ökologisch und solidarisch zu wirtschaften und zu leben. Hervorgehoben werden können etwa die zahlreichen Unternehmen und Menschen, die unter dem Dach der „sozialen“, „solidarischen“ oder eben „Sozialen und Solidarischen Ökonomie“ aktiv sind – im internationalen Kontext zunehmend auch im Zusammenspiel mit der Politik. So

ist in Frankreich seit Mitte 2014 ein entsprechendes Fördergesetz in Kraft.¹ Eine weitere erfolgreiche Initiative ist die „Gemeinwohl-Ökonomie“, zu der der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) im September 2015 eine bemerkenswert positive Stellungnahme verabschiedet hat.² Und auch in der Schweiz ist einiges in Bewegung. In den grösseren Städten entstehen zukunftsweisende Wohnsiedlungen. In lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen werden praktische Erfahrungen mit demokratischen Unternehmen, nicht-kommerziellen Sharing Economy-Ansätzen, Alternativwährungen oder Modellen von Vertragslandwirtschaft gesammelt. Gemeinden, fortschrittliche Unternehmen und „Energie-Prosumer“ (sowohl ProduzentInnen als auch KonsumentInnen von Energie) bauen gemeinsam an der Energieversorgung der Zukunft. KMUs in den unterschiedlichsten Wirtschaftssektoren zeigen Tag für Tag, dass eine Wirtschaft im Dienst der Menschen keine Träumerei, sondern möglich ist. Im Kanton Genf existiert eine alternative Handelskammer (Chambre de l'économie sociale et solidaire, Après-GE), die über 270 Unternehmen und Organisationen unterschiedlicher Grösse vertritt, welche ihrerseits rund 5000 Personen beschäftigen.³ Aus diesen vielfältigen praktischen Erfahrungen lässt sich auch ablesen, wie unsere globalen Wirtschaftsbeziehungen neu zu gestalten wären: mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit als Ausgangs- und Fixpunkte. **Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich solche Initiativen von unten entwickeln, und an Stärke zulegen können.** Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es darüber hinaus, jene Menschen, die sich für eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft einsetzen, zu vernetzen und zu befähigen, um so den politischen Druck für eine andere Wirtschaftsform von unten aufzubauen.

Die nachfolgend beschriebenen Handlungsfelder und Massnahmen fokussieren auf die Schweiz. Indem wir den demokratischen, ökologischen und solidarischen Umbau „unserer Wirtschaft“ vorantreiben, verbessern wir allerdings nicht nur das Leben der Menschen hierzulande. Wir übernehmen damit auch aus einer internationalen Perspektive Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit auf globaler Ebene.

II. Handlungsfelder und Massnahmen

Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen

1. **Mitbestimmungsrechte für Mitarbeitende:** Die Schweiz kennt im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern keine substantielle Mitbestimmung der Mitarbeitenden auf Unternehmensebene. 1976 wurde die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften abgelehnt. Das einzige Resultat der damaligen Diskussionen ist das Mitwirkungs-gesetz von 1993. Es regelt die (fakultative) Mitarbeitendenvertretung in Betrieben mit einer Belegschaft ab 50 Personen, beschränkt sich aber auf dürftige Informations- und bestenfalls Konsultationsrechte. Die gute Arbeit von Personalvertretungen (Pekos) und Gewerkschaften zugunsten der Mitarbeitenden reichen nicht annähernd aus, um die

1 Siehe: <http://www.economie.gouv.fr/files/files/PDF/ess-brochure.pdf>

2 Siehe: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015IE2060&from=DE>

3 Après-GE (2015): Panorama de l'économie sociale et solidaire à Genève. Étude statistique 2015. Genf.

strukturellen Machtungleichgewichte zugunsten des Kapitals auszugleichen. Das möchten wir ändern! Das Mitwirkungsgesetz ist dahingehend zu revidieren, dass ab einer bestimmten Unternehmensgrösse (z.B. ab 30 Beschäftigten) eine Mitarbeitendenvertretung mit Mitbestimmungsrechten in den Leitungsgremien der Unternehmen obligatorisch ist und klare Stufen der Mitwirkung definiert werden (Mitbestimmungs-, Mitsprache- und Informationsrechte). In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ist mindestens ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates von Seiten der Mitarbeitenden zu besetzen. Eine Verletzung der Mitwirkungsrechte ist mit Sanktionen zu belegen und der Schutz der Vertretungen der Arbeitenden ist auszubauen. Insbesondere ist ein Recht auf Wiedereinstellung im Falle einer Kündigung vorzusehen, wenn die Kündigung im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Mitarbeitendenvertretung ausgesprochen wird. Bei vorgeschlagenen Massnahmen der Unternehmensführung, die sich ausschliesslich am Shareholder Value orientieren und auf Kosten der Lohnabhängigen gehen, muss letzteren ein Vetorecht eingeräumt werden. Unternehmen, die Gewinn schreiben, sollen keine Massenentlassungen durchführen dürfen. Ausnahmen unterliegen strengen gesetzlichen Auflagen (z.B. umfassende Umschulungen, Schutz von langjährigen und älteren Mitarbeitenden etc.) und bedürfen der Zustimmung der Mitarbeitenden. Echte Teilhabe und Mitbestimmung bedingt schliesslich eine Vertretung, die die Vielfalt des Unternehmens oder des Betriebs widerspiegelt. Dazu gehört auch ein konsequenter Einsatz gegen Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderer Eigenschaften.⁴

2. **Gewinnbeteiligungsmodelle:** Mitarbeitende sollen nicht individuell, sondern als Kollektiv am finanziellen Erfolg ihrer Unternehmen teilhaben. Ihnen soll die Möglichkeit offen stehen, sich gemeinsam (z.B. über einen Fonds, der aus erwirtschafteten Gewinnanteilen gespeist wird) an ihrem Unternehmen zu beteiligen, Verantwortung zu übernehmen und demokratisch mitzuentcheiden. Solche kollektiven Lösungen können (müssen aber nicht) auf einen schrittweisen Übergang zu demokratischen Unternehmen im Mehrheitsbesitz der Mitarbeitenden abzielen.
3. **KonsumentInnenmacht stärken:** Durch ihre Kauf- resp. Nicht-Kaufentscheidungen können KonsumentInnen zum Durchbruch einer zukunftsfähigen Wirtschaft beitragen. Die SP setzt sich ein für umfassende und verbindliche Transparenz- und Rechenschaftsvorschriften und eine aktive Mitwirkung des Staates bei der globalen Standardisierung von Labels. Private wie öffentliche Zertifizierungsbemühungen auf allen Ebenen sind zu unterstützen – und bei Bedarf auch zu koordinieren. Darüber hinaus gilt es Modelle zu entwickeln und zu stärken, die den Einfluss von KonsumentInnen (als wesentliche Stakeholder) auf unternehmerische Entscheidungen vergrössern. Es gilt neue Formen der Konsumgenossenschaften zu stärken, die demokratisch geführt werden und nicht nach Massgabe der Profitmaximierung wirtschaften.
4. **Boden als Gemeingut sichern:** Der Boden ist das Fundament des menschlichen Lebens – und somit auch Grundlage einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Als Gemeingut darf der Boden nicht der Profitmaximierungslogik des Kapitals ausgeliefert werden. Die SP

4 Der Einsatz für mehr Demokratie am Arbeitsplatz und im Unternehmen ist nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen angezeigt. Das Modell der hierarchisch, von oben nach unten, organisierten Unternehmen macht auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht immer weniger Sinn. In einer zunehmend komplexen und vernetzten Umwelt, müssen Unternehmen rasch und flexibel agieren und reagieren können. Gefragt sind heute Unternehmen mit dezentralen Strukturen und flachen Hierarchien, in denen Autonomie, Mitbestimmung und Vertrauen nicht blosse Schlagwörter sind, sondern Beschäftigte auch tatsächlich als kompetente und gleichberechtigte Organisationsmitglieder eingebunden werden.

macht sich für ein Bodenrecht stark, das der Spekulation ein Ende bereitet und planungsbedingte Bodenrenten mit einer Steuer abschöpft. Die SP wirkt zudem darauf hin, dass die öffentliche Hand Landreserven an Private nur im Baurecht und unter wirtschaftlich angemessenen Bedingungen abgibt und durch Landkäufe mehr Boden in den demokratischen Wirkungsbereich zurückholt. Antworten auf die Exzesse im Wohnungsmarkt sind die Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die flächendeckende Einführung der Kostenmiete und insbesondere die Förderung von Wohnbaugenossenschaften.

5. **Geschlechtergerechte Wirtschaftsdemokratie:** Eine zukunftsfähige, demokratische Wirtschaft bedingt die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter. Gerade der Ausbau von Mitbestimmungsrechten ist ein effektives Instrument, um der nach wie vor bestehenden Geschlechtersegmentierung und den damit verbundenen ungleichen Machtverhältnissen in der Wirtschaft entgegenzuwirken. Eine zusätzliche Möglichkeit sind Zielnormen für eine gleichmässige Vertretung von Frauen und Männern auf allen Entscheidungsstufen der Wirtschaft – in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Sektor und in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien. Eine demokratische Wirtschaft der Zukunft garantiert den Mitarbeitenden zudem gute und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine gute Balance zwischen Arbeit und Freizeit ermöglichen und sozialpartnerschaftlich ausgehandelt wurden. Wenn nötig interveniert der Staat regulierend, um gute Arbeitsbedingungen für alle zu garantieren. Mindestlöhne oder Massnahmen zum Schutz vor Entlassungen und gegebenenfalls für die Wiedereinstellung entlassener Personen sind Beispiele solcher Regulierungen. Sowohl Arbeitsbedingungen wie auch Rekrutierung sollen frei von Diskriminierungen sein. Dazu gehört selbstredend, dass keine ungleichen Löhne für gleichwertige Arbeit gezahlt werden.
6. **Arbeitszeitverkürzungen:** Die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben in und mit der Gesellschaft werden nicht nur durch soziale Sicherungssysteme, fair vergütete Erwerbsarbeit und Mitbestimmung im Unternehmen erhöht. Heute kommt der freien Verfügbarkeit über die eigene Lebenszeit eine wachsende Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund der rasanten Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte ist eine gerechtere Verteilung der Arbeit angezeigt. Arbeitszeitverkürzungen bei gleichbleibendem Lohn sind ein geeignetes Mittel dazu.
7. **Vorbildrolle der öffentlichen Hand:** Verwaltungen auf Ebene von Bund, Kantonen und Gemeinden sollen die Voraussetzungen für die Umsetzung neuer Ansätze schaffen und verbessern, sogenannte staatsnahe Betriebe sollen zu VorreiterInnen werden. Statt kommunale Werke, Spitäler oder Hochschulen Schritt für Schritt in die „Privatwirtschaft zu entlassen“ und ebenso teuren wie unsinnigen neoliberalen Hierarchien und Bürokratien zu unterwerfen, sollen demokratische Strukturen gestärkt und die Mitarbeitenden (aber auch KonsumentInnen, PatientInnen oder Lernende) zu Mitbestimmenden gemacht werden. Auf diese Weise wird die Qualität ihrer Arbeit und damit die Qualität öffentlicher Dienste erhöht – und das erst noch kostensparend.
8. **Service public verteidigen und ausweiten:** Der im internationalen Vergleich nach wie vor starke Service Public ist ein Glücksfall für die Schweiz, doch er ist bedroht. Die Güter und Dienstleistungen des Service publics stehen allen Menschen unserer Gesellschaft zur Verfügung im Wissen, dass ein grosser Teil von ihnen sich mit eigenen Mitteln diese Angebote nicht leisten könnte. Service public heisst deshalb «Für alle statt für wenige» und bedeutet im Kern gemeinwohlorientierte Wirtschaft. Neben den Verwaltungen sind

heute auch grosse und wichtige Bereiche der Wirtschaft über öffentliche Unternehmungen staatlich kontrolliert und gesteuert. Es handelt sich dabei um eine politisch definierte Grundversorgung an Infrastrukturgütern und -dienstleistungen, die zu verteidigen eine selbstverständliche und andauernde Aufgabe der Sozialdemokratie ist. Diese Grundversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für eine breite Durchsetzung der Menschen- und Sozialrechte und damit der Demokratisierung der Wirtschaft. Gegen internationale Freihandelsabkommen, die einen solchen Service public in Frage stellen, leistet die SP Widerstand. Mit Blick in die Zukunft ist eines der Ziele der SP, dass Unternehmen wie SBB, Post und Swisscom ihre spezifische Rolle als Service-public-Unternehmen wieder stärker in den Vordergrund stellen. Auch das Verhältnis dieser Unternehmen zum demokratischen Staat, die Frage der staatlichen Einflussmöglichkeiten im Interesse des Gemeinwohls, ist in diesem Kontext offen zu debattieren. Zudem scheint das Grundprinzip des Service public auch prädestiniert dafür zu sein, auf weitere Bereiche ausgeweitet zu werden. Der immer wichtiger werdende Care-Sektor (siehe Punkt 18), aber auch für das tägliche Funktionieren der Gesellschaft unerlässliche Finanzdienste oder Teile des Pharmabereichs sind entsprechende Beispiele.⁵

9. **Verantwortungsvolle Pensionskassen:** Über ihre Pensionskassenvermögen sind die Lohnabhängigen die grössten Kapitaleigner in diesem Land. Die partitatischen Mitbestimmungsmöglichkeiten werden heute aber zu wenig genutzt. Als Grossaktionäre können und müssen die Pensionskassen auf die strategischen Entscheidungen von Unternehmen Einfluss nehmen, zum Beispiel im Kampf gegen Spekulation, gegen Grossfusionen und Monopole oder gegen überzogene Management-Gehälter. Gesetzliche Verpflichtungen sollen darüber hinaus sicherstellen, dass Pensionskassengelder nur in demokratisch, ökologisch und solidarisch wirtschaftende Unternehmen oder Fonds (siehe Punkt 17) investiert werden. Das bedeutet, dass Unternehmen, welche Umweltstandards verletzen, Menschenrechte missachten, Kriegsmaterial herstellen oder fossile Energien fördern von Investitionen auszuschliessen sind. Pensionskassen sind als partitatisch organisierte Stiftungen oder Genossenschaften zu führen, welche unter einer nachhaltigen Kapitalanlage dem Vorsorgegedanken für die Versicherten verpflichtet sind. Um das Machtpotenzial der ArbeiterInnen besser nutzen zu können, braucht es eine bessere Ausbildung und eine gezielte gemeinsame Strategieentwicklung der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen.
10. **Eine am Gemeinwohl orientierte Nationalbank:** Die Schweizerische Nationalbank setzt laut ihrem Auftrag „grundlegende Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft“ im „Gesamtinteresse des Landes“. Die entsprechenden Entscheide werden heute auf höchst intransparente Weise von einem dreiköpfigen Direktorium ohne Rechenschaftspflicht gefällt. Das ist weder sinnvoll noch zeitgemäss. Währungspolitik ist Wirtschaftspolitik und damit demokratisch verhandelbar. Die SP setzt sich für eine Ausweitung des Direktoriums unter expliziter Berücksichtigung von VertreterInnen der ArbeiterInnen in der Schweiz ein. Zudem braucht es mehr Transparenz: Die SP macht sich für eine regelmässige Rechenschaftspflicht der Nationalbank gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit stark. Schliesslich muss der gesetzliche Auftrag an die Nationalbank erweitert und ergänzt werden. Die enge und dogmatische, auf die Wahrung der Preisstabilität fixierte Interpretation ihres Auftrags führt zu einseitigen und falschen Entscheiden: Auch ein hoher Beschäftigungsgrad, eine nachhaltige Anlagepolitik und

5 Der Thinktank *Denknetz* hat solche Modellvorschläge erarbeitet, siehe http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf und http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Investitionsagenda_BEat_Ringger.pdf

stabile, international abgestimmte Wechselkurse gehören ins Pflichtenheft einer gemeinwohlorientierten Nationalbank.

11. **Regionale Vertragslandwirtschaft fördern:** Das beste Mittel, um regionale, saisongerechte und unter fairen Arbeitsbedingungen produzierte Lebensmittel sicher zu stellen, sind Genossenschaften oder Vereine, die ProduzentInnen und KonsumentInnen zusammenbringen und eine bedarfsgerechte demokratische Planung ermöglichen.⁶ Auf diese Weise gelingt es, Bedürfnisse der KonsumentInnen mit den Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu verbinden.
12. **Regionale Energieversorgung:** Einer nachhaltigen Energieversorgung stehen nicht zuletzt die Profitinteressen der grossen Energiekonzerne im Weg. Gemeinden und Regionen sollen sich das Ziel einer dezentral organisierten, im besten Falle selbstversorgenden Energieversorgung setzen und ihre eigenen Energiequellen nutzen. Solar-, Wind-, Wasser- und Biomassekraftwerke bieten dazu viele Möglichkeiten. Damit wird unsere Abhängigkeit von fossilen Energiequellen reduziert, während demokratische Verfahren und die regionale Wirtschaft gestärkt werden.

Zukunftsfähige Wirtschaftsweisen fördern

13. **Förderartikel in der Bundesverfassung:** Ein Förderartikel in der Bundesverfassung soll den Stellenwert der demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft in der gesamten Schweiz erhöhen und ihre gezielte Stärkung ermöglichen. Die Förderung braucht entsprechende finanzielle Mittel (siehe Punkte 9, 16, 17) und ist an Kriterien festzumachen, die grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform eines Unternehmens sind.⁷
14. **Unternehmensrechtsformen:** Rechtsformen, die auf den Prinzipien einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft beruhen, sollen gestärkt werden. Die Form der Produktionsgenossenschaft kann als Vorbild dienen – und ihr soll zu neuer Attraktivität verholfen werden. International gibt es aber auch weitere Ansätze (z.B. Benefit Corporation).⁸
15. **Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln gegenüber Gesellschaft und Umwelt:** Im Einklang mit internationalen Standards und unter deren aktiver Mitgestaltung sollen mit rechtsverbindlichen oder weiteren geeigneten Massnahmen unternehmerische Sorgfaltspflichten sowie Bestimmungen zur Rechenschaftsablage in finanziellen und nichtfinanziellen Angelegenheiten etabliert, gefördert und durchgesetzt werden.⁹

6 Schweizweit gibt es bereits entsprechende Initiativen; siehe u.a. den Verband regionale Vertragslandwirtschaft RVL (<http://www.regionalevertragslandwirtschaft.ch/verband/>).

7 Siehe bspw. die Kriterien der Sozialen und Solidarischen Ökonomie in Genf (http://public.apres-ge.ch/sites/test.intranetgestion.com/files/Kriterien_fur_die_Aufnahme_in_die_Genfer_Kammer_1.pdf) oder der Gemeinwohl-Ökonomie (<https://www.ecogood.org/de/gemeinwohl-bilanz/gemeinwohl-matrix/>).

8 Benefit Corporation ist eine ursprünglich aus den USA stammende Unternehmensform, die eine bessere Vereinbarung von Gemeinwohl und privatwirtschaftlichem Nutzen erlauben soll. Seit Ende 2015 ist sie auch in Italien rechtlich anerkannt (siehe: <http://bcorporation.eu/>).

9 Siehe in diesem Zusammenhang die Konzernverantwortungsinitiative: <http://konzern-initiative.ch/>

16. **Kantonalbanken zu Akteuren einer zukunftsfähigen Wirtschaft machen:** Die Kantonalbanken befinden sich – grösstenteils – im öffentlichen Eigentum. Das ist eine riesige Chance! Kantonalbanken kommt eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zu. Es gehört zu ihrem Auftrag, eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft zu fördern. Die Einflussmöglichkeiten der Politik auf die strategische Ausrichtung der Kantonalbanken müssen stärker in diesem Sinne genutzt werden. Bei der Unterstützung von lokal und regional verankerten KMUs und beim sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft sollen Kantonalbanken eine zentrale Rolle spielen.
17. **Zukunftsfonds:** Neben fortschrittlichen Banken, die bereits heute Teil der Lösung sind, soll ein Zukunftsfonds helfen, den Übergang hin zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft zu finanzieren. Zum Einsatz kommen soll der Fonds u.a. bei einem geplanten Verkauf resp. einer Schliessung von KMUs. In solchen Fällen brauchen die Mitarbeitenden ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht. Wenn sie eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (z.B. als Genossenschaft) finden, es ihnen aber am nötigen Kapital für die Übernahme fehlt, dann sollen sie sich beim Zukunftsfonds um eine Übergangsfinanzierung (5-10 Jahre) bewerben können.¹⁰ Der Fonds soll ebenfalls dazu dienen, Unternehmen, die sich zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft verpflichten, bei ihrer Gründung mit Kapital auszustatten. Über die Verwendung der Gelder soll eine zivilgesellschaftlich breit abgestützte und demokratisch aufgebaute Förderinstitution befinden. Ein solcher Zukunftsfonds erlaubt es, die primär auf Profitmaximierung ausgerichteten Förderkriterien von konventionellen Banken und anderen Finanzmarktakteuren zu umgehen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Äufnung eines entsprechenden Fonds. Mit einer gezielten Kapitalgewinn- oder Bonussteuer, die zur Finanzierung eines solchen Fonds eingesetzt würde, käme es zu einer gesellschaftlich erwünschten Rückverteilung von der profitmaximierenden und nicht nachhaltigen, zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft.
18. **Mehr nicht-profitorientierte Investitionen und mehr Demokratie für den Care-Sektor:** Während viele Industrie- oder Büroarbeiten als Folge technologischer Fortschritte immer schneller und mit weniger menschlicher Arbeitskraft erledigt werden können, erfordert die Care-Arbeit insgesamt mehr Zeit. Die Zahl der Pflegebedürftigen und teilweise auch die Pflegedauer nehmen als Folge medizinischer Fortschritte und der Alterung der Bevölkerung laufend zu. Heute stehen immer mehr Menschen vor der Herausforderung, die eigene Erwerbsarbeit mit der Betreuung und Pflege von Angehörigen unter einen Hut zu bringen. Profitgesteuerte Rationalisierungsmassnahmen in der professionellen Pflege bringen keine sinnvollen Verbesserungen. Sie wirken sich im Gegenteil negativ auf die Pflegebedürftigen und die Pflegenden aus. Die SP setzt sich deshalb für eine Ausweitung öffentlicher resp. nicht-profitorientierter Investitionen in den Care-Sektor sowie dessen Demokratisierung – z.B. über Care-Räte, in denen sowohl Care-GeberInnen als auch Care-NehmerInnen vertreten sind – ein.¹¹ Wir wollen ein Gesundheits- und Sozialwesen, das im Sinne eines demokratischen Service public funktioniert. Für die öffentliche medizinische Versorgung bedeutet das zum Beispiel, dass sie auch im lokalen und regionalen Raum angeboten wird. Die für die Investitionen benötigten Mittel sind wie andere öffentlichen Dienste vom Staat zu finanzieren. Die persönliche

10 Eine ähnliche Regelung findet sich im französischen Gesetz zur Sozialen und Solidarischen Ökonomie. Die Arbeitnehmenden in Frankreich haben die Möglichkeit, einen Betrieb in der Rechtsform einer Société coopérative et participative (SCOP) weiterzuführen, auch wenn ihnen das für eine Übernahme nötige Kapital fehlt. Die Belegschaft hat dann sieben Jahre Zeit, um eine Kapitalmehrheit zu erreichen.

11 Siehe: Winker, Gabriela (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld.

Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern muss erleichtert werden, indem zeitlich begrenzte Arbeitszeitreduktionen staatlich finanziert werden und so Erwerbsarbeit und Einkommen zumindest partiell entkoppelt werden. Die von der SPS geforderte Allgemeine Erwerbsversicherung wäre eine mögliche Lösung dafür.

19. **Vielfalt fördern und Freiräume sichern:** Der Staat soll die diversen zivilgesellschaftlichen Projekte, die die Möglichkeiten nachhaltiger Wirtschaftsweisen ausloten, aufnehmen und mittels spezifischer, an die jeweiligen Bedürfnisse angepasster Lösungen versuchen, zu deren längerfristigem Erfolg beizutragen. Der Gemeinde-, Regional- und Kantonalpolitik kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft braucht ein entsprechendes „Ökosystem“, um sich entwickeln zu können. Die Behörden resp. die Politik sind gefordert, produktiv mit gewissen Unwägbarkeiten umzugehen und sich, wenn nötig, dem Drang nach Kontrolle und (Über-)Regulierung zu widersetzen.
20. **Digitale Commons gegen Regime von Informationsmonopolen:** Im Kontext der Digitalisierung hat sich der Zugang zu kulturellen Werken und Wissensgütern radikal verändert. So viele Menschen wie nie zuvor haben die Möglichkeit, zur intellektuellen Wertschöpfung beizutragen. In den letzten Jahrzehnten sind deshalb verschiedene Bewegungen entstanden (Free-Software, Free-Culture und Access-to-Knowledge), in welchen innerhalb von freiwilligen Gemeinschaften digitale Commons (Informationsressourcen) gemeinsam verwaltet werden. Diese Ressourcen werden gemeinschaftliches statt privates oder öffentliches Eigentum und stellen damit ein anderes Modell gesellschaftlicher Produktion dar. Durch ihre Ethik und Praktiken beinhalten die digitalen Commons sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich einen Paradigmenwechsel. Sie haben deshalb auf allen politischen Ebenen einen schweren Stand, sich gegen kommerzielle Interessen durchzusetzen. Für die SP gilt es daher, die Umriss einer neuen Informationsordnung zu schaffen und die nötigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Bewusstsein und Anerkennung für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen

21. **Nationale Handelskammer einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft:** Nach Vorbild der Chambre de l'économie sociale et solidaire in Genf (Après-GE) und ähnlichen Institutionen im Ausland soll eine nationale Organisation die schweizweite und internationale Vernetzung sicherstellen und als Anlaufstelle für praxisrelevante Fragen dienen. Mittels Leuchtturmprojekten kann sie zudem das öffentliche Bewusstsein für die Möglichkeiten einer zukunftsfähigen Wirtschaft stärken.
22. **Nationale Statistiken:** Der Bundesrat soll die Realität(en) und den Nutzen der demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft endlich anerkennen und in den offiziellen Statistiken ausweisen.
23. **Grundlagenforschung:** Die Möglichkeiten und Herausforderungen einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft sollen gezielt erforscht und entwickelt werden, etwa durch das Instrument der Nationalen Forschungsprogramme (NFP).
24. **Nachhaltigkeit sichtbar machen:** Um das Bewusstsein zu sensibilisieren und die Konsumgewohnheiten zu ändern, soll ein Nachhaltigkeits-Label geschaffen werden, das alle Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökologischer Umgang mit Rohstoffen und ökologische Produktionsbedingungen, faire Produktion, fairer Handel u.a.m.) berücksichtigt.

25. **Ein realistisches Wirtschaftsbild vermitteln:** Von der Volks- bis zur Hochschule, ebenso wie in den allermeisten Massenmedien, bekommen wir grösstenteils ein sehr beschränktes Bild von Wirtschaft vermittelt: Gute Wirtschaft spiegle sich in steigenden Aktienkurse wider, heisst es etwa. Oder: Vom Eigennutz getriebene Menschen würden über den Markt auf wundersame Weise kollektiven Wohlstand schaffen. Dieses Bild von Wirtschaft dient primär den Interessen von Grossunternehmen und reichen Kapitaleignern und wird überdies den vielfältigen Realitäten des Wirtschaftens nicht gerecht. Entgegen der vorherrschenden Wettbewerbsideologie hängt wirtschaftlicher Erfolg/erfolgreiches Wirtschaften entscheidend von der fruchtbaren Kooperation der wirtschaftlich Tätigen ab, sei es unter den Mitarbeitenden der Betriebe, sei es im Verhältnis zu Zuliefer- und Partnerbetrieben, KundInnen, dem Staat und anderen Beteiligten. Lernziele und -inhalte sind deshalb zu überprüfen und anzupassen. Eine demokratische Gesellschaft ist auf Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die die wirtschaftlichen Realitäten verstehen, und ihren Beitrag an eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft leisten können. Entsprechende Bestrebungen im Rahmen des Lehrplans 21 unterstützt die SP ebenso wie Weiterbildungsangebote zum Management sozialer und solidarischer Unternehmen an verschiedenen Wirtschaftshochschulen in der Romandie.

Der Horizont der Sozialdemokratie reichte immer über den Kapitalismus hinaus. Allein die Mega-Themen Ungleichheit, Klimawandel und Migration machen deutlich, dass diese Perspektive nach wie vor – und vielleicht mehr denn je – zwingend nötig ist.

Wenn wir heute eine gesellschaftliche Transformation in eine freiere und gerechtere Zukunft anvisieren, dann besteht unsere beste Chance darin, die klassisch-sozialdemokratische (Zähmungs-)Politik mit den „realen Utopien“ einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Ökonomie zu verbinden.¹² Daraus ergibt sich für uns die Chance, mit neuem Elan als verantwortungsbewusste, zugleich visionäre und konkret gestaltende Kraft in Erscheinung zu treten.

III. Aktionsplan zum weiteren Vorgehen

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist in den kommenden Jahren ein politisch-inhaltlicher Schwerpunkt der SP Schweiz. Dabei wird die diesem Positionspapier zugrunde liegende Perspektive auf Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Parteikommunikation konsequent auf- resp. eingenommen.

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz entwirft in Zusammenarbeit mit der AG Wirtschaftsdemokratie einen Aktionsplan zur Umsetzung des Positionspapiers. Dieser Aktionsplan zeigt auf,

- wie das Thema Wirtschaftsdemokratie über interne Bildung an die Basis gebracht und gemeinsam mit den Mitgliedern weiterentwickelt werden kann,
- welche konkreten Kampagnen und Initiativen mit bewegungsorientiertem und mobilisierendem Charakter möglich bzw. vorgesehen sind,
- welche politischen Vorstösse auf allen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinden) eingebracht werden können und wie dies in koordinierter Weise sichergestellt werden soll,

12 Siehe u.a.: Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias. London/New York.

- wo und wie mit Partnerorganisationen (insbesondere auch den Gewerkschaften) zusammengearbeitet werden soll,
- auf welche Weise sich die SP Schweiz dafür einsetzt, dass die Anliegen des Positionspapiers von offiziellen ParteivertreterInnen und Parteimitgliedern in der Bundesverwaltung auch im Rahmen internationaler Beziehungen (z.B. SP Europa, Progressive Alliance oder Foundation for Progressive European Studies, aber auch hinsichtlich internationaler Verhandlungen – bspw. Handelsverträge) eingebracht werden.

Der Aktionsplan wird einer Delegiertenversammlung im Jahr 2017 unterbreitet. Weil die Demokratisierung der Wirtschaft eine langfristige, auf dem Parteiprogramm basierende, Transformationsstrategie darstellt, zieht die SP Schweiz an jedem zukünftigen Parteitag Bilanz über den Fortschritt dieses Prozesses.